rote garde★

Die Zeitschrift der revolutionären Jugend

Eigentümer: Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML); Herausgeber und Verleger: Alfred Jocha; alle: 1200 Wien, Dresdner Straße 48/4/7. Für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Herbert Treitl, 1020 Wien, Czerningasse 15/2.

P. b. b. Verlagspostamt 1200 Wien Erscheinungsort Wien



Telefon 33 87 774
Zuschriften an: 1205 Wien, Fach 3

Urgermanen auf dem Kriegspfad



In den freien westlichen Demokratien ist man human. Zuerst kommt der Mensch. Und dann erst kommt alles andere. Es sei denn, daß in München arabische Freischärler mittels israelischer Geiseln die Freilassung arabischer Gefangener erzwingen wollen. Da hört sich die Menschlichkeit natürlich auf und die Polizei bekommt „Feuer frei" — egal, ob die Geiseln im Kugelregen draufgehn oder nicht. Etwas ganz anderes hingegen ist es, wenn kroatische Faschisten in Schweden ein Flugzeug kapern und Besatzung und Passagiere festhalten, um damit die Freilassung anderer Ustascha-Terroristen zu erzwingen. In einem solchen Fall ist die Menschlichkeit schwuppdiwupp ganz plötzlich wieder da, und man verhandelt behördlicherseits mit den Terroristen. Von Mensch zu Mensch. Und man entläßt rechtskräftig verurteilte Ustaschi, darunter zwei Mörder, aus dem Zuchthaus. Und die Verhandlungen drohen erst zu scheitern, als die soeben Freigelassenen sozusagen als „Haftentschädigung" einen Millionenbetrag fordern. Merke: Wenn es ums Geld geht, beginnt das Gewissen sich zu regen. Doch glücklicherweise ließen die Kroaten mit sich feilschen und sich den Betrag auf die Hälfte herunterhandeln. Dann flogen sie unbehelligt samt Geld und Geiseln ins faschistische Spanien.

Auch in Österreich ist man frei, demokratisch und human. Zuerst kommt der Mensch. Und dann erst kommt alles andere. Wobei die österreichischen Behörden das Glück haben, daß unser kleines Land im toten Winkel der Weltpolitik liegt und daß auch die sonstigen Probleme kleiner sind als anderswo. Es sei denn, daß der Nixon in Salzburg zwischenlandet und die ach so freie österreichische Bevölkerung sich erkühnt, gegen ihn zu demonstrieren. Da hört sich die Demokratie natürlich auf und die Polizei bekommt „Knüppel frei", bis auch der letzte widerstrebende Demonstrant spitalsreif geprügelt ist.

Etwas ganz anderes hingegen ist es, wenn in Kärnten ein paar Hundert Jung- und Altnazi die zweisprachigen Ortstafeln demolieren. Da entdeckt der Herr Innenminister — selber ein Ex-Nazi — ganz plötzlich wieder die Humanität und gibt seinen Gendarmen den väterlichen Rat, dem munteren Treiben der rabiaten Nazibuben und -opas tatenlos zuzusehen, „um keine blutigen Zwischenfälle zu provozieren und keine Märtyrer zu schaffen".

Vom hohen Norden Skandinaviens über München, Salzburg bis tief hinunter nach Germanisch-Teppenkirchen in Südkärnten handeln die sozialdemokratischen Machthaber also nach dem gleichen Rezept. Gegen alles, was links ist oder links sein könnte, gibt's Polizeieinsatz ohne Rücksicht auf Verluste. Gegenüber Rechtsextremisten jedoch schweigt man in „psychologisch empfohlenen" Verhaltensweisen: Verständigungs- und Kompromißbereitschaft, Einfühlungsvermögen, Nachsicht, Nachgiebigkeit.

Es ist jedenfalls bemerkenswert, daß die Menschlichkeit der Behörden ausschließlich und ausgerechnet den Faschisten zugute kommt. Wobei sich im Falle Österreich bis vor kurzem ein geradezu kurioser Beweggrund aufdrängte: Legte ein ganz bestimmter Spitzenpolitiker vielleicht Wert auf einen — Ehren-Ariernachweis? Nun, diese Urkunde wird er trotz allem nicht bekommen, denn als er nach einigen Wochen teutonischen Terrors die Tafelstürmer zaghaft zur Mäßigung mahnte, da nahmen sie ihm dies derart übel, daß sie ihn bei seinem Besuch in Klagenfurt „Saujud!" schimpften und beinahe ohrfeigten. ●

rote garde★

Einzelpreis S 3,–
Jahresabonnement S 24,–

Nr. 34 · November 1972

Obersammelsdorf
Žvrhnje Žamanje

Urgermanen auf Kriegspfad

Von Feinden umgeben



„Der Bacher bereitet sich auf die neue Linke vor."

Das TV-Programm von heute

10.00 Schulfernsehen
Tanganjika – von der blühenden deutschen Kolonie zur Eingeborenenanarchie (eine Ubernahme vom ZDF)

16.10 Für unsere Kinder
Kasperl kämpft gegen den Drachen in Fernost

17.05 Störung (1. Teil)

17.08 Störung (2. Teil)

17.30 Die aktuelle Sendung für den Tierfreund
Der deutsche Schäferhund im Zweiten Weltkrieg (Ubernahme vom ARD)

18.00 Die Gutenachtsendung für unsere Kleinsten
Onkel Bacher erzählt Märchen über die neue Linke

19.30 Zeit im Bild
Nachrichten von gestern

20.15 Hohes Haus
Einige Politiker versprechen sich stundenlang aus eigenen Reden

21.15 Herrscher ohne Krone
Die Sendung des Generalintendanten



22.05 Zeit im Bild Nachtausgabe
Am besten nichts Neues

22.10 Die Lumpen fahren zur Hölle
Sendeschluß

Es war eine Siegesmeldung. Oder sagt man zu sowas Sondermeldung? Na, wie dem auch sei, jedenfalls brachten die „Salzburger Nachrichten" folgenden bedeutungsschweren Satz: „Kriminalbeamte und Staatspolizisten hatten das Studio nach Saboteuren abgesucht und prompt einige Aktivisten aus den Verstecken ziehen können."

Was war geschehen? Wer war der Teufelskerl, dem das einmalige Kunststück gelang, im neuen ORF-Studio Salzburg Saboteure suchen und Aktivisten finden zu lassen? Um die Spannung nicht zu überspitzen, wollen wir es gleich verraten. Es war kein Teufelskerl, im Gegenteil, es war ER selber, der Generalintendant; der Bacher, den was keiner mag. Denn weil ihn keiner mag, weil er von Feinden umgeben ist — rechts der Kreisky, links die neue Linke —, deshalb greift er, bildlich gesprochen, zur Hundspeitsche. Obwohl das beim Kreisky nicht nötig wäre, denn der knurrt nur. Aber die verdammte Linke, die könnte eines Tages beißen.

Also probte man beim ORF die Konterrevolution. Ein Polizeimanöver mit allem Drum und Dran, mit kugelsicheren Westen, Stahlhelmen, Tränengas und Gefangenenwagen. Übungsannahme: Einige Demonstranten sind bis in den Studioraum vorgedrungen, wo vermutlich ein Manifest verlesen werden soll. Na, das mußte unbedingt verhindert werden, denn ein paar vernünftige Worte wären von den fünf miesen ORF-Programmen wohl nicht verkraftet worden. Der unerschrockene Salzburger Polizeidirektor Biringer gab „Alarm an alle", und schon kamen sie dahergewetzt, die Freunde und Helfer. 40 Mann von Kripo und Stapo, 77 uniformierte Polizisten, 26 Einsatzfahrzeuge. Doch das war lange noch nicht alles, weil man's schließlich nicht mit einem Generaldilettanten, sondern einem -intendanten zu tun hat, der wirklich alles überdenkt. So dauerte es nur kurze Zeit, bis auch 19 Rotkreuzwagen mit 40 Mann Besatzung bereitstanden. „Um Bachers willen!" kann man jetzt nur rufen. Um Bachers willen, was geht in SEINEM Kopf bloß vor? Neunzehn Rotkreuzfahrzeuge. So viele hat man nicht einmal beim Blutbad in München-Fürstenfeldbruck gebraucht.

Aber vielleicht ist das ganze Polizei- und Rotkreuztheater nur ein Einschüchterungsversuch, und zwar nicht nur der Linken, sondern der gesamten Bevölkerung gegenüber. In einer Rede hat der Bacher zwar eine (nicht näher bezeichnete) „neue Linke" für die kulturelle Misere verantwortlich gemacht, und seine Speichellecker haben ihn selbstverständlich dabei gefilmt und die Rede brühheiß gesendet. Womit sie ihm allerdings einen Bärendienst erwiesen haben, denn in der Hitze des Gefechtes hatte er vergessen, daß die Linke auf seine, wie gesagt, miesen fünf Programme nicht den geringsten Einfluß hat und an der Misere deshalb auch nicht schuld sein kann. Und den geplanten Kombitarif hat sich ja wohl auch keine Linksgruppe ausgedacht. Der unverschämte Kombitariftrick ist es jedoch, der die Leute nicht nur auf die Palme, sondern möglicherweise auch auf die Straße bringt. Einer solchen Möglichkeit wollte der Bacher offenbar vorbeugen, indem er zeigte, was er mit Leuten vorhat, die sich gegen ihn zu demonstrieren trauen. ●

Wenn Ärzte »streiken«



Die menschliche Produktivität, das heißt die Ausnützung der Arbeitskraft des einzelnen Arbeiters, wird immer stärker, die Uberstundenschinderei immer ärger. Dazu kommen immer häufiger Nebenarbeiten, Pfusch und sogar regelrecht angemeldete Zweitarbeiten, um irgendwie den „Standard" zu halten. Um zu erkennen, daß der Arbeiter all dies nur leisten kann, indem er Raubbau an seiner Gesundheit treibt, dazu bedarf es keiner tiefschürfenden wissenschaftlichen Forschung. Das Resultat: Vorzeitiger Verschleiß der Arbeitskraft, nur mit Mühe kann die Arbeitsfähigkeit bis zur Vollendung des 60. Lebensjahres, geschweige denn bis 65, erhalten bleiben. Die Erkrankungen infolge Ubermüdung und gesteigerten Verschleißes steigen sprunghaft, auch bei jungen Menschen.

Diese Krankheiten, die verschiedenster Natur sein können, haben eines gemeinsam, nämlich daß sie lange dauern, immer wieder aufflackern und schließlich chronisch werden, da ja die wirklichen Ursachen meistens nicht beseitigt werden können. Die Folge sind immer längere Krankenstände, aufwendige Untersuchungen und Behandlungen.

Die Unternehmer auf der medizinischen Seite nützen diese Situation weidlich aus, allen voran die pharmazeutische Industrie, hinter der die großen internationalen Chemie-Monopole stehen. Durch fette Handelsspannen macht man pharmazeutische Großhändler und Apotheken zu festen Verbündeten. Gar nicht schlecht verdienen aber auch die Röntgeninstitute (der Ärzte-„Führer" Daume ist ebenfalls Röntgenfacharzt), Institute für physikalische Therapie und medizinische Laboratorien.

Die Krankenkassen zahlen ohne mit der Wimper zu zukken ungeheure, wenn nicht ungeheuerliche Preise für die Medikamente und riesige Summen an Honoraren an die diversen medizinischen Institute und kommen dadurch ständig in die roten Zahlen. Da sich die Kassen, die von Gewerkschaftsvertretern verwaltet und von Unternehmervertretern kontrolliert werden, also ein Teil des kapitalistischen Systems sind, nicht trauen, einen Kampf gegen diesen Preis- und Honorarwucher zu führen, versuchen sie, durch Schaffung kasseneigener Institute (Ambulatorien) die Kosten zu senken. Kaum werden solche Bestrebungen bekannt, diesmal im Rahmen der 29. Novelle zum ASVG, erhebt sich sofort ein Geschrei über die bedrohte Freiheit – des Profits, versteht sich. Das erheben aber nicht die medizinischen Unternehmen und die mit ihnen eng verbundenen ärztlichen Großverdiener (Primarärzte mit und ohne Professoren- und Dozententitel) selbst, sondern die von ihnen beherrschte Ärztekammer.

Dieses Geschrei ist der herrschenden Klasse und ihrer Kreisky-Regierung nur recht. Denn damit wird von viel wesentlicheren Punkten dieser ASVG-Novelle abgelenkt. Nämlich von denen, die weitere Milliardenbelastungen für die Arbeiter bringen, über die man sich allerdings einig ist. Und um den Kassen das Umfallen leichter zu machen, wurde diesmal die Angelegenheit groß aufgezogen. Es wurde mit offiziellem Ton – obwohl nach den bestehenden Gesetzen nicht einmal berechtigt – die Sperrung der ärztlichen Ordinationen für drei Tage verfügt. Das Ganze wurde dann „Streik" genannt, um die arbeitende Bevölkerung zu verwirren. Alle Boulevard-Zeitungen und selbstverständlich auch das Fernsehen halfen dabei kräftig mit. Frau Gesundheitsminister Leodolter beeilte sich, ihr vollstes Verständnis für „die" Ärzte zum Ausdruck zu bringen, was auch nicht verwundert, ist sie doch selbst Primaria und gehören viele ihrer „Genossen" zur obersten Creme der Ärzteschaft.

Die Sache wird dann noch spektakulärer, wenn man nach dem Muster der „Bauerndemonstrationen" einen Aufmarsch in der Innenstadt veranstaltet, zu dem man ein paar Tausend Ärzte aus reaktionärsten Kreisen mobilisiert. Kreise voll Arbeiterhaß, wie folgender Ausspruch zeigt: „Es ist ja ein Wahnsinn, was Arbeiter heutzutage verdienen . . ., die können ruhig zahlen." Staberl haut in der „Kronen-Zeitung" natürlich in die gleiche Kerbe.

Und dann ist es so weit: Die Kassen und die Gewerkschaftsbosse sind zum „Verhandeln" bereit, die Regierung „putzt sich ab"; der ernste Teil der Angelegenheit beginnt, die Packelei. So kommt zum guten Ende, wie Brecht in der „Dreigroschenoper" singen läßt, „alles unter einen Hut: Ist das nöt'ge Geld vorhanden, ist das Ende meistens gut." Das nöt'ge Geld wird vorhanden sein. Nicht dadurch, daß man es von den die Gesundheit der Arbeiter ruinierenden Unternehmern holt, sondern von den Arbeitern, die ja dank SP, „K"P und Gewerkschaften weder streiken noch demonstrieren. Wie lange noch? ●

Die chinesisch-japanische Verständigung

Das nordkoreanische Parteiorgan, "Rodong Sinmun", schrieb nach Abschluß der chinesisch-japanischen Verhandlungen in Peking einen Leitartikel unter dem Titel: "Wir begrüßen die Normalisierung der Beziehungen China-Japan" u.a. folgendes: "Das Resultat der Unterredung zwischen der chinesischen und der japanischen Regierung in Peking ist ein Sieg des chinesischen Volkes, ein Sieg der friedliebenden Außenpolitik der chinesischen Regierung. Diese Unterredung ist auch ein großer Erfolg des gerechten Kampfes, der von den breiten Volksmassen der verschiedenen sozialen Schichten Japans für die Verstärkung der Freundschaft mit den asiatischen Nachbarvölkern und für die Normalisierung der Beziehungen zwischen den Staaten geführt wurde".

Diese paar Sätze sagen das Wesentliche über die - man kann es ruhig sagen - welthistorische Zusammenkunft in Peking. Der Jubel der Völker - natürlich in erster Linie des japanischen Volkes - über den erfolgreichen Abschluß der Gespräche, das betretene Schweigen oder verlegene Herumstammeln der US-Imperialisten und der russischen Sozialimperialisten zeigen schlagartig wer gesiegt hat, nämlich die Völker, und wer verloren hat, der Imperialismus jeder Schattierung.

Wie sah es noch vor nicht allzu langer Zeit aus? Die USA herrschten unumschränkt über den Pazifik. Japan war ein von ihnen besetztes und politisch, militärisch und wirtschaftlich völlig kontrolliertes Land. Der Südosten Asiens mit dem wichtigen Stützpunkt Taiwan war fest in den Händen der Amerikaner. Alles mit dem Ziel der wirtschaftlichen Ausplünderung und vor allem der Niederringung des revolutionären Chinas. Vom Norden und Westen her verfolgen ja die Sozialimperialisten das gleiche Ziel. Vor allem seit dem Überfall auf die Tschechoslowakei, glaubten sie, so einen Schlag gegen China vorbereiten zu können. Sie provozierten blutige Zwischenfälle an den Grenzen Chinas und ließen über 4o Divisionen mit modernstem Kriegsgerät - inklusive Atomwaffen - aufmarschieren. Sie trachten auch, mit den japanischen Militaristen ins Geschäft zu kommen. Gegen die wirtschaftliche Auslieferung der östlichen Teile Sibiriens an die japanischen Monopole sollen die japanischen Militaristen ihnen helfen, den eisernen Ring der Aggression gegen China von Nordosten her zu schließen. Mit Hilfe der reaktionären, aggressiven Kreise Indiens und nach Durchführung der Aggression gegen Ostpakistan, glaubten sie, ihrem Ziel wieder näher gekommen zu sein: Einen militärischen Schlag gegen China durchzuführen, wobei sie mit Komplizen im Innern des Landes rechneten.

Die große Proletarische Kulturrevolution, das nachfolgende Ende Lin Biaos und seiner Clique, machten einen dicken Strich durch diese Rechnung.

Die schweren Niederlagen der USA-Imperialisten in Indochina brachten es schließlich dazu, daß die amerikanischen Aggressoren mit der Zeit einsehen mußten, daß die indochinesischen Länder als Aufmarschbasis gegen China nicht zu benützen waren, wie sie es geplant hatten. Durch die wahnsinnigen Rüstungsausgaben am Rande des wirtschaftlichen Ruins, mit einem entwerteten Dollar dastehend, sahen sich die USA-Imperialisten auch politisch in der Sackgasse. Sie sahen sich gezwungen, ihren Präsidenten - "mit der weißen Fahne in der Hand", wie es die nordkoreanischen Genossen formulierten - nach Peking zu schicken. Der erste entscheidende Sprung im Aggressionsring um China war damit entstanden. Den Völkern fiel es wie Schuppen von den Augen: Der USA-Imperialismus war (und ist) nur ein Koloß auf tönernen Füßen - ein Papiertiger also.

Nicht zuletzt war in Japan die Wirkung eine ungeheure. Der von den Amerikanern nach dem 2.Weltkrieg wieder aufgepäppelte Militaristenklüngel, zuletzt unter der Führung des Ministerpräsidenten Sato, hatte einen entscheidenden Stoß erlitten. Hätte doch diese Clique eine Politik der bedingungslosen Unterwerfung unter den US-Imperialismus gepredigt mit dem Ziel, unter deren Schirmherrschaft und mit Taiwan als Stützpunkt, eines Tages den Angriff gegen das sozialistische China zu starten. Wobei auch die russischen Sozialimperialisten mit ins Kalkül gezogen wurden.

Unter dem Druck der Volksmassen mußte der Knecht der Militaristen und Imperialisten Sato von der politischen Bühne verschwinden. Die erste wesentliche Aktion des neuen Ministerpräsidenten Tanaka war die vom gesamten Volk umjubelte Reise nach Peking. Dort kam es am 29.IX. zu einer Vereinbarung über die Normalisierung der chinesisch-japanischen Beziehungen.

An diesem Tag ist, wie die führende japanische Zeitung "Yomiuri Shinbun" erklärt, ein unrealistisches, widerspruchgeladenes System zusammengebrochen, "in dem das Japan der Nachkriegszeit unter dem Einfluß der amerikanischen Besetzung diplomatische Beziehungen zu den Überbleibseln nationalchinesischer Herrschaft unterhielt und dem wirklichen China den Rücken zukehrte."

Die Pekinger Vereinbarung hat Japan - und das ist der ganzen Bevölkerung bewußt - von den Fesseln der amerikanischen Herrschaft befreit und zugleich von dem Häufchen kriegslüsterner Militaristen freigemacht. Diese Vereinbarung sprengt an entscheidender Stelle den antichinesischen Aggressionsring der beiden Supermächte. Diese Vereinbarung zeigt aber auch den aufhorchenden Völkern Asiens und der übrigen Welt, daß es möglich ist, durch die Verständigung, durch die Zusammenarbeit mit dem großen, proletarischen, mit dem revolutionären China sich von den Fesseln der Oberherrschaft der beiden Supermächte zu befreien. Im Interesse der eigenen Unabhängigkeit, im Interesse des Weltfriedens. ●

Wollen die Supermächte den Frieden?

Die Weltlage befindet sich heute in einer tiefgreifenden Veränderung. Die Völker der Welt kämpfen verstärkt gegen die Vorherrschaftspolitik der beiden Supermächte USA und UdSSR. In Afrika, Asien und Lateinamerika hat sich der antiimperialistische nationale Befreiungskampf vertieft und wachsen die Bestrebungen zur Wahrung der nationalen Unabhängigkeit.

Von den Volksmassen aller Länder wird eine immer breitere Einheitsfront gegen die beiden imperialistischen Supermächte geschlossen. Dieser Kampf wird nicht nur in den Kolonien und Halbkolonien, sondern auch vom Proletariat der imperialistischen Länder geführt.

In Indochina hat der US-Imperialismus schwere Niederlagen einstecken müssen. Dazu kommt noch, daß sich die Widersprüche zwischen den Vereinigten Staaten und ihren Verbündeten verschärfen. Ein Beispiel dafür ist Japan. Die Lockerung der Bindung an Amerika und die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur Volksrepublik China versetzten dem ehemaligen Oberherrn Japans einen schweren Schlag.

Nun, da der US-Imperialismus derart geschwächt ist, versucht das revisionistische Rußland seine Stelle einzunehmen. Aber auch die von der SU kontrollierten Völker wehren sich. Sie erkennen immer klarer das imperialistische Wesen Rußlands, das dieses hinter revolutionären Worten zu verbergen sucht. Es redet von der "Unterstützung nationaler Befreiungsbewegungen", während es in der ganzen Dritten Welt neokolonialistische Politik betreibt. Die



Unterstützung der indischen Aggression gegen Pakistan und der Verrat an der palästinensischen Revolution sowie die Invasion der CSSR zeigen aber offen den revisionistischen Verrat und den Übergang der Sowjetunion ins Lager des Imperialismus. Durch ihre Demagogie, nämlich durch den "Sozialismus in Worten, Imperialismus in der Tat" - wie Lenin es sagt -, ist die "Sowjetunion" heute zum gefährlichsten Feind der Völker herangewachsen.

Aber der antiimperialistische Kampf, den die unterdrückten Völker mit der Unter-

stützung der sozialistischen Länder mit China an der Spitze führen, entfaltet sich immer mehr.

Genosse Kim Ir Sen, Generalsekretär der Partei der Arbeit Koreas, stellt fest: "Wie die Erfahrungen der Geschichte zeigen, verändert sich die aggressive Natur des Imperialismus niemals, selbst wenn seine Stärke geringer wird, und die Imperialisten weigern sich, sich freiwillig aus ihren Positionen zurückzuziehen. Je tiefer die Imperialisten im Sumpf versinken, umso enger klammern sie sich an ihre doppelgleisige Taktik, in einer Hand die Friedenspalme und in der anderen Hand das Bajonett zu schwingen und umso bösartiger werden ihre Aggressions- und Kriegsmanöver unter dem Deckmantel des Friedens."

So versuchen die beiden Supermächte, mit groß aufgezogenen "Abrüstungsgesprächen" die Massen einzuschläfern und sie glauben zu machen, die USA und die SU wären Vorkämpfer für den Frieden. Der Abrüstungsschwindel wurde jedoch von den fortschrittlichen Kräften in der Welt und von China und Albanien als Tarnung für verstärkte Aufrüstung entlarvt.

Im Kampf gegen die kriegstreiberischen Supermächte dulden die Staaten Nordafrikas und des Balkans nicht mehr die Kriegsflotten der SU und der USA im Mittelmeer. Die Völker Lateinamerikas wollen sich



Solidarität mit den kämpfenden Völkern Indochinas!

Demonstration am Freitag, 17. November 1972; Treffpunkt um 17 Uhr bei der Wiener Universität.

Das gemeinsame Indochina-Komitee

nicht mehr länger dem Diktat der USA beugen, und Ägypten hat die russischen Militärs ausgewiesen.

Schon diese wenigen Beispiele zeigen, daß die beiden Supermächte in der heutigen Situation nicht mehr so können, wie sie wollen. Die Völker der Welt werden immer wachsamer und die Supermächte fortschreitend isoliert. Dadurch verschärfen sich auch die Widersprüche zwischen den Supermächten selbst. Genosse Mao Tsetung sagte dazu: "Was die Frage eines Weltkrieges betrifft, gibt es nur zwei Möglichkeiten: Die eine ist, daß der Krieg die Revolution hervorruft, die andere ist, daß die Revolution den Krieg verhindert."

Immer mehr Länder der Welt sympathisieren heute mit der Volksrepublik China, die konsequent die revolutionäre Bewegung in der Welt unterstützt, sich an die fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz zwischen den Staaten ohne Unterschied der Gesellschaftsordnung hält und sich so um die Entspannung der internationalen Lage bemüht.

In der Folge dieser günstigen Entwicklung wurden 1971 Chinas Rechte in der UNO wiederhergestellt, während die Tschiang-Kai-schek-Clique aus der Weltorganisation vertrieben wurde. Von Jahr zu Jahr nehmen mehr Länder Beziehungen zu China auf. Im vergangenen Jahr waren es 20. So mußte der amerikanische Präsident Nixon nach Peking und vor kurzer Zeit stattete der japanische Ministerpräsident Tanaka China einen Besuch ab.

Durch diese großen außenpolitischen Erfolge ist die Politik derjenigen, welche China isolieren wollten, gescheitert. Auch die immer noch bestehenden Pläne, China einzukreisen, verlieren ihre Grundlage. Mit seiner prinzipienfesten Politik, die auf den Marxismus-Leninismus, den Ideen Mao Tsetungs beruht, bildet die Volksrepublik China nach wie vor das Bollwerk der sozialistischen Weltrevolution. Sie unterstützt die revolutionären Kämpfe der Völker und entlarvt die verräterischen Umtriebe der russischen Imperialisten. Die Breschnew-Clique betreibt - Entspannung vortäuschend - in Asien, Afrika und Lateinamerika eine expansionistische Politik und betrachtet Osteuropa als ihr Kolonialgebiet.

Nur durch gemeinsamen Kampf aller Völker gegen die Hegemoniebestrebungen der Supermächte kann der Weltfrieden gesichert und die angespannte internationale Lage gemildert werden.

Eine makabere Komödie:

Die Rassisten reden von »Rassismus«

Anfang Oktober gab es in der Wiener Organisation der VRA eine wichtige und nützliche Diskussion über "Aktuelle Probleme der nationalen Befreiungsbewegung gegen den Imperialismus". Anlaß dazu gab der Einspruch einer Genossin gegen einen Artikel über die angeblich "antirassistische" Kampagne der österreichischen Rassisten gegen die Ausweisung britischer Staatsbürger asiatischer Herkunft aus Uganda! Auf Grund des Einspruchs wurde der Artikel von der Redaktion der "Volksmacht" zurückgestellt und, wie dies bei uns üblich ist, den Genossen zur Diskussion gestellt. In der Versammlung der Wiener Organisation wurde hierauf der Artikel nach eingehender Debatte als zwar prinzipiell richtig anerkannt, aber als derzeit unzweckmäßig, weil mißverständlich, nicht zur Veröffentlichung empfohlen. Die stattgefundene Diskussion hat jedoch über diesen Anlaß hinaus allgemeine Bedeutung für unseren konsequenten Kampf gegen den Imperialismus, zur Unterstützung der nationalen Befreiungsbewegung. Wir fassen daher ihr Ergebnis kurz zusammen.

In dem diskutierten Artikel wird dargelegt, daß die von den britischen Imperialisten entfachte und von allen anderen Imperialisten sowie den reaktionären Kräften Europas, einschließlich Österreichs, kräftig unterstützte Kampagne gegen einen angeblichen "Rassismus" der bekanntlich bis auf den heutigen Tag rassisch verfolgten Afrikaner die Tatsachen direkt auf den Kopf stellt, aus weiß schwarz macht. Denn der Widerstand der Londoner Regierung gegen die Ansiedlung britischer Staatsbürger in England, nur weil sie "Asiaten" seien, während britische Staatsangehörige weißer Hautfarbe seit eh und je unangefochten in England Daueraufenthalt nehmen können, ist reinster Rassismus. Und die Forderung der englischen Imperialisten, Uganda (und dasselbe gilt auch für andere Staaten Ostafrikas, wohin seinerzeit der britische Imperialismus Kaufleute und sonstige Vermittler zwischen den Kolonialherren und der einheimischen Bevölkerung aus dem heutigen Indien und Pakistan verpflanzt hatte) müßte die Niederlassung britischer Staatsbürger auf seinem Hoheitsgebiet und ihre führende Rolle im Wirtschaftsleben des Landes dulden, ungeachtet seiner staatlichen Souveränität und seiner ökonomischen Unabhängigkeitsinteressen, ist nichts anderes als die Bekräftigung des uralten kolonialistischen Standpunkts. Jenes Standpunkts nämlich, wonach Bürger imperialistischer Staaten in ökonomisch zurückgebliebenen Ländern einen "exterritorialen", d.h. der juristischen Oberhoheit dieser Länder entzogenen Rechtsstatus zu genießen hätten.

Diese Feststellungen wurden von allen Genossen für durchaus richtig anerkannt. Es wurden jedoch folgende Einwände geltend gemacht: 1. Der ugandische Staatschef Idi Amin wollte ursprünglich auch Asiaten, welche die Staatsbürgerschaft Ugandas angenommen hatten, ausweisen und nahm davon erst Abstand, als Präsident Julius Nyerere von Tansania eine soche Maßnahme als tatsächlich rassistisch und daher unzulässig verurteilt hatte, 2. Das Lob, das General Amin (der übrigens von israelischen Militärberatern ausgebildet worden war) kürzlich der Vernichtung von Millionen Juden durch den Hitler-Faschismus gespendet







hat, deute darauf hin, daß sein Antiimperialismus sich wohl augenblicklich gegen England richten mag (mit dessen Unterstützung er an die Macht gelangt war), zugleich aber von anderen imperialistischen Kräften gesteuert werden könnte, 3. Sowohl der gewaltsame Sturz des - ursprünglich probritischen, zuletzt aber antiimperialistischen - früheren Präsidenten Ugandas, Obote, durch Amins Militärputsch im Februar 1971 als auch die Bombardierung tansanischer Ortschaften im September d.J. wegen einer angeblichen Aggression Tansanias gegen Uganda, weisen nach Ansicht vieler Genossen auf einen reaktionären Charakter des Amin-Regimes hin.

Diese Diskussion bot Gelegenheit, den grundsätzlichen Standpunkt der VRA zur Frage des weltweiten Kampfes gegen den Imperialismus im allgemeinen und zu aktuellen Problemen der nationalen Befreiungsbewegung im besonderen klarzustellen:

1. Die ökonomische Entwicklung des Kapitalismus in seiner imperialistischen Phase bringt es mit sich, daß der Löwenanteil des in der Welt von den Werktätigen produzierten Mehrwerts von den Monopolen in den imperialistischen Ländern eingeheimst wird und daß aus den kolonialen Extraprofiten (die vor allem durch die immer mehr auseinanderklaffende "Schere" zwischen den Preisen für Industrieartikel und jenen für Kolonialprodukte gewonnen werden) ein Teil der europäischen Arbeiterschaft korrumpiert wird. Daher ist der antiimperialistische Kampf heute Hauptbestandteil der proletarisch-revolutionären Weltfront gegen den Kapitalismus und muß die europäische Arbeiterklasse mit allen verfügbaren Mitteln die nationale Befreiungsbewegung uneingeschränkt unterstützen; andernfalls droht ihr, zum drittenmal in einen - noch viel verheerenderen - Weltkrieg hineingezogen zu werden, der, ebenso wie der erste und zweite Weltkrieg (von seiten der Imperialisten), letzten Endes um den Anteil an der kolonialen Unterdrückung und Ausbeutung der gewaltigen Mehrheit der Erdbevölkerung durch ein Häuflein Monopolkapitalisten geführt werden würde.

2. Wir müssen, um nicht fehlzugehen, streng unterscheiden zwischen: a) dem antiimperialistischen Kampf der Völker der Dritten Welt, den wir unbedingt rückhaltlos unterstützen müssen, unabhängig davon, ob augenblicklich eine einheimische Ausbeuterschicht diesen Kampf anführt und ob in eventuell zeitweilig eine der miteinander rivalisierenden imperialistischen Mächte für ihre Zwecke auszunützen trachtet (das bezieht sich natürlich nicht auf Fälle - wie z.B. in Süd-Sudan oder Ost-Pakistan - wo ein scheinbarer "nationaler Befreiungskampf" in Wirklichkeit von Imperialisten inszeniert worden ist und nur imperialistischen Interessen dient!); b) den Streitigkeiten von Entwicklungsländern untereinander, für deren friedliche Beilegung durch Verhandlungen wir eintreten müssen; c) den sozialen, ethnischen, religiösen und Stammeskonflikten innerhalb einzelner Entwicklungsländer, in die man sich keinesfalls von außen einmischen darf, da sie nur durch die betreffenden Völker selbst gelöst werden können.

3. Von diesem konsequenten marxistisch-leninistischen Standpunkt aus müssen wir auch komplizierte Situationen betrachten, wo - was im allgemeinen unvermeidbar ist - die drei genannten Arten von Widersprüchen (zwischen nationaler Befreiungsbewegung und Imperialismus, unter den jungen Nationalstaaten selbst und im Inneren eines jeden dieser Staaten) ineinandergreifen, einander überlappen, aufeinander Einfluß nehmen. Wir werden dabei, wo eine Stellungnahme unsererseits notwendig sein sollte (etwa im Falle einer ernsten Diskussion unter den österreichischen Arbeitern oder einer reaktionären Stimmungsmache seitens der Machthaber in unserem Land), stets im Auge haben, daß sie sowohl dem internationalen Kampf gegen den Imperialismus als auch dem Klassenkampf in Österreich größtmöglichen Nutzen bringt. ●

für die volksmacht

Das Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (VRA) erscheint monatlich. Umfang 16 Seiten, Einzelpreis S 3,—, Jahresabonnement S 30,—. Bestellungen an: VRA, 1205 Wien, Postfach 3, oder 6923 Lauterach, Postfach 66.

Durch Jugend-»Kommunen« zum Sozialismus?

„Zurück zur Natur" ist der Titel eines Filmes über Jugend-"Kommunen" in den USA. Der Streifen flimmerte kürzlich im Fernsehen der österreichischen Bevölkerung ins Haus. Was sind diese Jugend-"Kommunen"?

In vielen Bundesstaaten der USA haben sich junge Leute zu Großfamilien zusammengefunden. Derzeit gibt es rund 2000 Kommunen. Die Beweggründe zu derartigen Zusammenschlüssen sind verschiedene. Uns interessieren besonders jene Gruppen, die vorgeben, auf diese Art den Sozialismus verwirklichen zu wollen.

Ist so etwas überhaupt innerhalb des kapitalistischen Gesellschaftssystems möglich? Kann so eine Großfamilie zu einem "Laboratorium für eine bessere Zukunftsgesellschaft" werden - wie es der Fernsehsprecher ausdrückte?

Sehen wir uns dazu die Lebensgewohnheiten solcher Vereinigungen näher an. Sie haben gemeinschaftliches Eigentum, teilen die anfallenden Arbeiten möglichst gerecht auf und erziehen die Kinder gemeinsam.

"Diese Lebensweise ist doch wirklich sozialistisch!", mag jetzt einer rufen. Ja, sie mag für manchen so aussehen! Aber kann solcher "Sozialismus" auch hinaus in die breiten Volksmassen treten? Nein! Das ist deshalb unmöglich, weil die Großfamilien sich tatsächlich nicht vom bestehenden Gesellschaftssystem lösen können.

Die einzelnen Mitglieder - oft aus Kapitalistenkreisen stammend - lehnen dieses Gesellschaftssystem der Unterdrückung und Ausbeutung ab. Sie suchen einen Ausweg und sehen in ihrer kleinbürgerlichen Denkweise keinen besseren als eben diesen: Sie ziehen sich aus der Gesellschaft zurück, um sich mit einigen Gleichgesinnten zusammenzutun. In den USA siedeln sie sich in abgelegenen Gebieten an, dort legen sie Felder an und ernähren sich eigenständig. Sie kommen so ohne direkten Kontakt mit der verachteten Profitmacherei aus und führen ein einfaches und, wie sie dazu sagen, "schuldfreies" Leben. Wir hören hier heraus, daß auch religiöse Beweggründe mitspielen: Das Urchristentum mit seinen kommunistischen Zügen wird oft zum Vorbild genommen.

Ähnliche Erscheinungen wie diese heutigen Großfamilien hat es in der Geschichte schon gegeben (Wiedertäufer). Sie alle mußten scheitern, weil es kein Ausbrechen aus der historisch bedingten gesellschaftlichen Entwicklung gibt.

Das gleich trifft auf die heutigen "Kommunen" in den USA (oder sonstwo in den kapitalistischen Weltgegenden) zu.



Innerhalb dieser Gruppen kommen die einzelnen sicher ein wenig weg vom Egoismus. Jedoch zur sozialistischen Gesellschaft, deren Grundrichtung das Gegenteil vom Egoismus, nämlich Gemeininteresse ist, kann keine dieser Gemeinschaften kommen.

Wie aber können wir den Sozialismus aufbauen? Wir müssen das Gesamtgesellschaftssystem verändern. Die Ausbeuterklasse muß von den Massen unter der Führung der Arbeiterklasse gestürzt und die Volksmacht errichtet werden. Volksmacht - das heißt: Ergreifung der Staatsmacht durch die Arbeiterklasse und Diktatur über die kleine Minderheit der kapitalistischen Ausbeuter, deren Produktionsmittel enteignet werden und in gesellschaftliches Eigentum übergehen. Das, nämlich die Umgestaltung der Produktionsverhältnisse, ist das wesentliche, und nicht etwa "Bewußtseinsveränderung" und "Abbau des Egoismus" in "Kommunen".

Von dieser einzigen Möglichkeit des Sozialismus sind die Initiatoren der "Kommunen" in Wirklichkeit weit entfernt. Denn ihre Denkweise ist im Grunde genommen egoistisch - nämlich gruppenegoistisch.

Aber solche Versuche sind nicht von langer Dauer. Warum? Weil eben all diese Experimente in einer Gesellschaft gestartet werden, deren Grundlage das Privateigentum bildet, und in der deshalb auch die herrschende Ideologie von Privatinteresse und Egoismus durchdrungen ist.

An dieser Stelle ist es wichtig,aufzuzeigen,daß derlei Großfamilien von der herrschenden Klasse antikommunistisch ausgenutzt werden.Jeder kennt die verbrecherische Manson-Bande, die in den USA unter Drogeneinfluß mehrfachen Mord verübte. Nun,die Massenmedien der Geldsäcke wußten die Gelegenheit beim Schopf zu packen und verwandelten diese Rauschgiftmörder flugs in "Linke", "Kommunisten" und "Maoisten". Natürlich, denn die kapitalistischen Meinungsmacher wollen dem Volk einreden, daß Kommunismus etwas Verbrecherisches ist. So sollen die Arbeiterklasse und die breiten Massen wieder einmal, in diesem Fall durch verbrecherische Kommunen,von ihren Klasseninteressen abgelenkt werden und sich weiterhin unter der kapitalistischen Herrschaft ducken. Und ob nun diese "Kommunen" in den USA selbstangelegte Felder pflegen oder ob sie sich in unseren Breiten in den Großstädten oder sonstwo zusammenschließen (oft werden sie sogar von Kapitalisten ausgehalten),ist gleich. Zum Sozialismus können sie alle nicht führen. Die Kapitalisten können sicher sein: Eines Tages werden die Mitglieder die Nase voll von einem derartigen Idealismus haben. Der Widerstandsgeist gegen diese Gesellschaft wird sich in der Sackgasse der "Kommunen" abnützen und der eine früher, der andere später, wird sich resignierend in das kapitalistische Gesellschaftssystem einordnen und zu dessen gutem Diener werden.

Den Weg zum Sozialismus weist nur der Marxismus-Leninismus und dessen ehrliche und richtige Anwendung. ●



Ein Leserbrief

Über Sorayas Leid und Farah Dibas Glück, die Eskapaden von Jackie Kennedy und Gunter Sachs erfährt der Leser österreichischer Boulevardzeitungen in großer Aufmachung. Wenn dagegen 60 000 Arbeitsplätze in unserem Nachbarland Deutschland (in einem einzigen Konzern!) gefährdet sind, erfährt man nichts. Es sei denn, man blättert aufmerksam die Informationsblätter der Großbourgeoisie durch. Und das in einem Land wie Österreich, von dem allgemein gesagt wird, daß es von der wirtschaftlichen Entwicklung des Auslands – und da vor allem Westdeutschlands – abhängig ist und diese Entwicklung mit einem zeitlichen Abstand von ungefähr eineinhalb Jahren nachvollzieht.

Bei der unlängst abgehaltenen Hauptversammlung des Rheinstahl-Konzerns zeigten sich die Herren Aktionäre sehr ungehalten über die mangelhafte Leitung und die mangelhafte Überprüfung des Konzerns durch den Aufsichtsrat. Das ist der „Süddeutschen Zeitung" vom 17. 8. 1972 zu entnehmen. Die schlechte Führung hätte sich nicht nur auf die Gewinne, sondern auch auf den Marktwert der Konzern-Aktien stark ausgewirkt. Man sah also „schwarz" fürs Geschäft.

So forderte eine Anzahl dieser Herrschaften die Liquidation des Konzerns, um zu retten, was noch zu retten ist. 60 000 Arbeitsplätze liquidieren! Not und Ungewißheit für 150 000 Frauen, Männer und Kinder – uninteressant! Was kümmert das einen Kapitalisten von echtem Schrot(t) und Korn?

Soweit die „Sozialpartnerschaft". Freilich sollen die Liquidationsäußerungen anderseits auch den Boden für ein „Eingreifen des Staates" vorbereiten. Auf Kosten des Steuerzahlers soll der Bankrott kapitalistischer Wirtschaftspolitik aufgehalten und sollen die Taschen der Aktionäre mit neuen Profiten gefüllt werden. ●

Ein Leserbrief:

Olympischer »Friede«

und permanenter Terror in aller Welt

Der Verfasser dieser Zeilen ist gewiß kein Gegner des Sportes,ebensowenig hängt er aber jenem weitverbreiteten Sportfanatismus an, welcher zumindest zeitweilig alles andere in den Schatten zu stellen scheint. Während der ca. sechs Jahre andauernden Vorbereitungszeit für dieSommerolympiade 1972 kam es zu unzähligen Diskussionen über das gegenseitige Verhältnis von Sport und Politik, wobei ich mich im Rahmen meiner Möglichkeiten intensiv beteiligte. Oftmals glaubte ich der Verzweiflung nahe zu sein, wenn ich mir die wohl unausrottbare Meinung anhören mußte, zwischen Sport und Politik existiere eine klare Trennungslinie, das eine habe mit dem anderen nichts zu tun.Selbstverständlich vertrat ich regelmäßig die entgegengesetzte Auffassung, kann aber um der Wahrheit willen nicht leugnen,daß ich in diesem Zusammenhang auf vielfaches Unverständnis stieß. Doch gerade während des Ablaufes der "heiteren Spiele" selbst erhielt ich auf makabre Art und Weise recht, was mich keineswegs zum Triumph verleitet.

Das Massaker von München bzw.Fürstenfeldbruck hat auf den Großteil der"einfachen" Menschen schockierend und erschreckend gewirkt, und ich will ohne weiteres annehmen, daß d i e s e zum Ausdruck gekommene Anteilnahme ehrlich gemeint war und ist. Befaßt man sich jedoch mit den entsprechenden Stellungnahmen bestimmter prominenter Politiker,so kann man kaum umhin, möglichst genau zwischen echt und unecht zu unterscheiden. Wenn z.B. der Präsident der globalimperialistischen USA sein "Bedauern" über die Opfer während der Olympischen Spiele ausspricht und genau zur selben Zeit die Völker von Indochina einem todbringenden und verheerenden Terrorismus unterwirft,welcher längst jeglicher Beschreibung spottet, dann kann man dies nur als schäbigste Heuchelei bezeichnen. Die Führer Israels kommen für eine Verurteilung des Münchner Anschlages am wenigsten in Frage, denn für sie war das blutige Ereignis in Wahrheit nichts anderes, als eine willkommene Gelegenheit,um ihren bereits traditionellen Terror gegen das Volk von Palästina erneut und um ein Vielfaches zu aktivieren. So wurden auf libanesischem und syrischem Territorium kaltblütig und verbrecherisch Flüchtlingslager bombardiert, wobei in der Hauptsache Zivilisten, darunter zahlreiche Frauen und Kinder, ums Leben kamen. Die israelische Armee schaltet und waltet im südlichen Libanon nicht anders als im formell (!) besetzten Gaza-Streifen, auf der Halbinsel Sinai, auf den Golan-Höhen, in der annektierten Altstadt von Jerusalem und in arabischen Gebieten zwischen Jerusalem und Jordan. Der jordanische Haschemitenkönig schließlich,welcher bezüglich der Palästinenser von kranken "Gehirnen" sprach,sollte sich daran erinnern, daß immerhin innerhalb kürzester Frist 20.000 der vom Zionismus vertriebenen Araber durch seinen systematischen Terror den Tod fanden.Auch in unserer schnellebigen Zeit,wo man täglich mit den verschiedenartigsten Eindrücken konfrontiert wird, wo man im allgemeinen sehr schnell vergißt,sollte sich der Betrachter letztlich an die richtigen Proportionen halten.

Doch sollten wir darauf verzichten,zahlenmäßig gegeneinander aufzurechnen.Die Verhaltensweise der Organisation "Schwarzer September" war in jeder Beziehung falsch und fehlerhaft, ist klar und eindeutig zu verurteilen. Die bewußten Marxisten-Leninisten glauben sich zu dieser kritischen Einstellung berechtigt, weil sie im Weltmaß-



Solidarität mit den kämpfenden Völkern Indochinas!

Demonstration am Freitag, 17. November 1972; Treffpunkt um 17 Uhr bei der Wiener Universität.

Das gemeinsame Indochina-Komitee

stab die treuesten und ehrlichsten Freunde der palästinensischen Befreiungsbewegung sind. Ohne Zweifel rührt der Anschlag in der bayrischen Landeshauptstadt auch ganz allgemein an den Grundsätzen des Marxismus-Leninismus. So bemerkt z.B. Lenin im Mai 1901 in seiner Schrift "Womit beginnen?" u.a. folgendes: "Wir sind weit entfernt von den Gedanken, heldenmütigen Einzelaktionen jede Bedeutung abzusprechen, aber es ist unsere Pflicht, mit aller Energie davor zu warnen, sich am Terror zu berauschen, ihn als wichtigstes und hauptsächlichstes Kampfmittel zu betrachten, wozu heute sehr,sehr viele so stark neigen.Der Terror kann niemals eine alltägliche Kampfhandlung werden: bestenfalls taugt er nur als eine der Methoden des entscheidenden Sturmangriffs". Diese vor 71 Jahren niedergelegten Worte haben von ihrer Aktualität nicht das geringste verloren, auch gegenüber dem Befreiungskampf der Palästinenser sind sie voll und ganz gültig.
Der "Schwarze September" wurde als Reaktion auf die Ermordung der 2o.ooo Palästinenser durch das Haschemiten-Regime, was bereits erwähnt wurde,gegründet. Diese Organisation beschränkte und beschränkt sich auf rein individuellen Terror, was von den bewußten Marxisten-Leninisten strikt abgelehnt wird. Der erste Anschlag galt dem damaligen jordanischen Ministerpräsidenten Tell, welcher in Kairo einem Revolverattentat zum Opfer fiel. Tell fungierte als erster Gehilfe bei Husseins Mordorgie und sein unrühmliches Ende wird von uns ganz bestimmt nicht bedauert. Aber - wurde damit der Sache Palästinas irgendein noch so geringer Nutzen erwiesen? Jordanische Premierminister wurden schon mehrfach getötet, ohne daß dies eine Änderung des herrschenden Regimes bewirkt hätte. Im Gegenteil,die hemmungslose Brutalität der Haschemitenfamilie gegenüber dem palästinensischen Bevölkerungsteil erfuhr von Mal zu Mal eine wesentliche und unverkennbare Steigerung.Der nachfolgende Regierungschef Lauri setzt Tells Politik gegen Palästina unverändert fort, und der Tyrann Hussein setzt sein bewußtes Zusammenspiel mit dem aggressiven Zionismus weiter fort.

Doch schon bald entfernte sich der"Schwarze September"von der eigentlichen Zielsetzung. Der Kugelhagel auf dem Flugplatz Lod bei Tel Aviv hat in der Hauptsache landfremden Besuchern das Leben gekostet, hat in keiner Weise der Sache Palästinas gedient, brachte vielmehr die zionistische Propaganda in eine vorteilhafte Position. Als Mitglieder des"Schwarzen September" ebenfalls in Lod ein Flugzeug einschließlich der Passagiere festhielten,konnte der israelische Kriegsminister Dayan die entstandene Situation mühelos meistern und letzten Endes wiederum Vorteile daraus schlagen.

Zu München selbst:Ganz abgesehen vom Scheitern der Aktion, erbrachte die Tat hier und anderswo eine bisher nicht gekannte Sympathiewelle für den Zionismus und Israel. Die berechtigten Interessen der Palästinenser wurden völlig in den Hintergrund gedrängt, wenn nicht schlicht und einfach als kriminell empfunden. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die Vorgänge auf dem Königsplatz in München,welche geeignet sind, diese Behauptung zu unterstreichen. So waren sich die parteipolitischen"Gegner" Vogel (SPD) und Heubl (CSU) wieder einmal sehr einig,sie suggerierten gemeinsam den zahlreichen Zuhörern die "Gerechtigkeit" der Sache Israels und der "Ungerechtigkeit" der Sache der Palästinenser. Es muß gemeldet werden,daß sie für diese Verdrehung der Tatsachen Beifallsstürme ernteten. Die revolutionären Kräfte Westdeutschlands und aller Welt mußten zähneknirschend zusehen, wie man den Vorfall weidlich zu ihrer Diskriminierung ausnutzte,wobei man natürlich insbesondere auf die Marxisten-Leninisten zielte.Der herrschenden Klasse Westdeutschlands hätte nichts besseres passieren können, und für die machthungrigen Politiker Israels, welche dem Faschismus verschrieben sind und welche bewiesen haben, daß sie für das Leben ihrer Sportvertretung nichts zu tun bereit waren, gilt genau dasselbe.

Der PLO-Vorsitzende Arafat hat sich mittlerweile gegen die Methoden des "Schwarzen September"gewandt,was nicht zufällig geschehen sein kann.Hier,von Ort und Stelle, kann ich berichten,daß es am Tage des Anschlages und danach noch gefährlicher als sonst war,revolutionäre Gesinnung zu zeigen. Dieser Zustand hält unvermindert an, die Diktatur der Bourgeoisie ist auf dem Wege,sich zu vervollkommnen,wobei sie sich bekanntlich an ein Vorbild aus nicht zu ferner Vergangenheit orientieren kann.

Abschließend noch zu den Wettkampfstätten der Olympischen Spiele selbst. Diese wurden als "Zone des Friedens" deklariert. Dies betraf also rein örtlich gesehen München, Augsburg und Kiel.Nachdem diese Olympiade unter Zuhilfenahme modernster Technik in alle Teile der Erde übertragen wurde,kann man im großen und ganzen sagen,daß die gesamte Welt daran teilnahm. Die sogenannte "Zone des Friedens" war aber auf einen territorial äußerst geringfügigen Teil der Erde beschränkt — als diese gebrochen wurde,beschränkte sich das Organisationskomitee auf eine Totenehrung für ein knappes Dutzend Menschen. Wer aber dachte an die Toten von Vietnam, Kambodscha, Laos und Palästina? Wer dachte an die Gefängnisse und Folterstätten in Griechenland,Spanien, Portugal, Brasilien, Bolivien usw.? Auch daran vermag man ohne Schwierigkeiten erkennen,wie falsch und unecht derartige Deklamationen sind.Wer sich für den "Frieden" einsetzt, der soll dies nicht beschränkt tun,sondern allgemein,der soll daran mitwirken,die Ursachen zu beseitigen, welche dem entgegenstehen,auch bezüglich der Problematik der Palästinafrage.Friede in Palästina und in der Welt kann es aber nur auf der Basis der Gerechtigkeit geben,welche von Bourgeoisie und Imperialismus überall mit Füßen getreten wird.
Die bewußten Marxisten-Leninisten sind für Gerechtigkeit als Grundlage des Friedens, was erst ein zivilisiertes Zusammenleben ohne Ausbeutung, ohne Unterdrückung, ohne Versklavung und ohne Terror garantiert. Das ist es, wofür wir kämpfen.

F. P., Westdeutschland

Genosse P. hat uns diesen Brief geschrieben, ehe er noch die Nummer 33 unserer Jugendzeitschrift „rote garde" in Händen hatte, wo wir im Artikel „Scharfschützen vollstreckten das Todesurteil" zu den Münchner Ereignissen Stellung nahmen. Unsere diesbezügliche Stellungnahme ist prinzipiell:

1. Wir verurteilen nach wie vor aufs entschiedenste Terrorakte, die sich gegen Unschuldige richten, wie Flugzeugentführungen oder gar das wahnsinnige Massaker von Lod. (Siehe unseren Grundsatzartikel „Der Terror nützt den Herrschenden" in „für die volksmacht" Nummer 64, Juli 1972.)

2. Was die Festnahme von offiziellen Vertretern des zionistischen Israel durch eine palästinensische Guerillaeinheit betrifft, ist diese vom Stellvertretenden Ministerpräsidenten Israels Allon selbst als „Kriegshandlung" der Widerstandskämpfer bezeichnet worden. Sie stellt eine Nachahmung der einige Wochen vorher stattgefundenen gewaltsamen Entführung von libanesischen und syrischen Geiseln durch israelische Aggressionstruppen dar. Es sind also Methoden der Kriegführung, die nicht wir, nicht Marxisten-Leninisten ausgeheckt haben, sondern von den kämpfenden Parteien in Palästina gegeneinander angewendet werden. Dabei haben im konkreten Fall die palästinensischen Araber – wie von niemandem bestritten werden konnte – keineswegs nach dem Leben der Geiseln getrachtet, sondern, umgekehrt, die israelische Regierung und die im Einvernehmen mit ihr handelnden westdeutschen Behörden haben aus politischen Gründen bewußt ihr Leben geopfert! Die israelischen Geiseln waren, wie der Bonner Innenminister Genscher offiziell bekanntgab, mit ihrem Transport nach Kairo (zusammen mit der palästinensischen Kommandogruppe) zwecks Austausches gegen palästinensische politische Gefangene in Israel einverstanden. Wir verfügen überhaupt über keine authentische und unvoreingenommene Darstellung der Ereignisse von München. Wir können daher nur eine prinzipielle Haltung einnehmen, ebenso wie sie Karl Marx seinerzeit eingenommen hat, der zur Festnahme (und späteren Hinrichtung) von reaktionären Geiseln durch die Pariser Kommune 1871 (die er selbst keineswegs empfohlen hatte!) schrieb: „Aber die Hinrichtung von 64 Geiseln, voran der Erzbischof von Paris, durch die Kommune! Die Bourgeoisie und ihre Armee hatten im Juni 1848 eine längst aus der Kriegführung verschwundene Sitte wieder eingeführt – das Erschießen ihrer wehrlosen Gefangenen. Diese brutale Sitte ist seitdem mehr oder weniger angewandt worden bei jeder Unterdrückung eines Volksaufstandes in Europa und Indien ... Anderseits hatten die Preußen in Frankreich die Sitte wieder ins Leben gerufen, Geiseln zu nehmen ... So blieb der Kommune nichts übrig, zum Schutz des Lebens dieser Gefangenen, als zur preußischen Sitte des Geiselgreifens ihre Zuflucht zu nehmen ... Dieser ganze Verleumdungschor, den die Ordnungspartei in ihren Blutfesten nie verfehlt, gegen ihre Schlachtopfer anzustimmen, beweist bloß, daß der heutige Bourgeois sich für den rechtmäßigen Nachfolger des ehemaligen Feudalherrn ansieht, der jede Waffe, in seiner Hand, für gerechtfertigt gegenüber dem Plebejer (dem einfachen arbeitenden Menschen; d. Red.), während irgendwelche Waffe in der Hand des Plebejers von vornherein ein Verbrechen ausmachte."

3. Was die Anwendung des individuellen Terrors im Kampf gegen den Feind betrifft, haben ihn die Marxisten-Leninisten niemals absolut und unter allen Umständen verneint. Sie haben ihn vielmehr für zulässig gehalten, wenn er mit dem Kampf der Massen verbunden und im Sinne dieses Kampfes zweckmäßig ist. Das geht auch eindeutig aus dem vom Genossen angeführten Lenin-Zitat hervor. Die Tatsachen selbst zeigen, ob dieser oder jener Terrorakt mit dem Kampf der Volksmassen verbunden ist, und nur die Kämpfer allein können entscheiden, ob er zweckmäßig oder unzweckmäßig ist. Wir dürfen uns darüber kein entscheidendes Urteil anmaßen. Ebensowenig dürfen wir über die eine oder die andere Gruppe von Freiheitskämpfern urteilen. Wir wünschen lediglich, daß sich alle palästinensischen und arabischen Freiheitskämpfer zum Kampf gegen den gemeinsamen Feind – den Imperialismus und seine Lakaien – vereinigen mögen.

Das ist die prinzipielle Stellungnahme unserer marxistisch-leninistischen Vereinigung revolutionärer Arbeiter zu dieser Frage.

Die Redaktion